

Werte AnwohnerInnen und HauseigentümerInnen,

nachdem in der Presse in den letzten Wochen etwas irreführend berichtet wurde: **„Zu wenig Personal für Potsdams Wärmewende: Rathaus sagt Modellvorhaben für Brandenburger Vorstadt vorerst ab“** ([Artikel in der PNN](#)), möchten wir mit diesem Newsletter für Klarheit sorgen.

Der im Herbst von den Stadtverordneten getroffene Beschluss lautete **„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor Abschluss der gesamtstädtischen Wärmeplanung die Erarbeitung eines energetischen Quartierskonzeptes für die Brandenburger Vorstadt zu prüfen“**. Das Prüfergebnis liegt nun vor und besagt **„Mit der Bearbeitung eines energetischen Quartierskonzeptes könnte voraussichtlich nach Abschluss der Kommunalen Wärmeplanung Anfang 2026 begonnen werden“**. [Hier](#) können Sie den kompletten Text im Ratsinformationssystem lesen.

Für uns ist das eine erfreuliche Aussage, denn damit könnte es in weniger als neun Monaten losgehen. Auch wenn die Aussage **„Die weitere Entwicklung hängt somit maßgeblich von den verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen ab“** das Vorhaben noch unter Finanzierungsvorbehalt stellt.

Vorbild Spießheim

Um ein energetisches Quartierskonzept inhaltlich vorzubereiten, haben wir uns nach **positiven Beispielen** umgeschaut. Dabei sind wir auf die erste Kommune in Rheinland-Pfalz gestoßen, die ein energetisches Sanierungsgebiet ausgewiesen hat. Es handelt sich um den kleinen Ort **Spießheim** mit rund 1000 Einwohnern. Die notwendige „vorbereitende Untersuchung“ hat im Fall von Spießheim 15.000 Euro gekostet. Für die Brandenburger Vorstadt mit rund 1000 Haushalten gibt dies eine erste Orientierung, zumal hier grundlegende Daten bereits im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung erfasst wurden. Das sollte auch im „klammen“ Potsdamer Haushalt zu stemmen sein.

Die kleine Gemeinde [Spießheim hat das Thema auf ihrer Internetseite](#) hervorragend aufbereitet. Die dort verfügbare Präsentation zu Vorteilen und Rahmenbedingungen eines energetischen Sanierungsgebietes für Eigentümer von Immobilien finden Sie [hier](#). Auch die Potsdamer EWP hat gegenüber der MAZ geäußert, dass sie die **Brandenburger Vorstadt weiterhin als Potenzialgebiet** für die Ausweitung der Fernwärme betrachtet. Die jüngsten Aussagen der Stadt hätten keinen Einfluss auf den Fortgang der Planungen der EWP ([Link zum Artikel der MAZ](#)).

Änderungen durch die neue Bundesregierung?

Vergangene Woche haben die Koalitionsparteien dem neuen Koalitionsvertrag der zukünftigen Bundesregierung zugestimmt. Für unser Anliegen in der Brandenburger Vorstadt sind die darin getätigten Aussagen von essentieller Bedeutung. Die Kernaussagen haben wir für Sie ausgewertet.

Zunächst zu den rechtlichen Rahmenbedingungen:

Hierzu sagt der Koalitionsvertrag „**Wir werden das Heizungsgesetz abschaffen. Das neue GEG machen wir technologieoffener, flexibler und einfacher. Die erreichbare CO2-Vermeidung soll zur zentralen Steuerungsgröße werden.**“ Dies klingt zunächst wie ein Widerspruch, denn Heizungsgesetz und Gebäudeenergiegesetz (GEG) sind nur zwei Bezeichnungen für dasselbe Gesetz. Was ist also gemeint? Aus unserer Sicht sollen die unpopulären, weil sehr komplexen und schwer zu durchschauenden, Regelungen des aktuell gültigen GEG, auch „Heizungsgesetz“ genannt, vereinfacht werden. Da die neue Koalition die bisherigen Klimaziele erfreulicherweise nicht in Frage stellt, wird der Druck die Wärmewende voranzubringen, aus unserer Sicht nicht geringer werden.

Weiter heißt es:

„Den Quartiersansatz werden wir stärken. Die Sanierungs- und Heizungsförderung werden wir fortsetzen. Die Kosten für energetische Sanierungen ererbter Immobilien werden künftig von der Steuer absetzbar. Die Verzahnung von GEG und kommunaler Wärmeplanung vereinfachen wir.“

und

„Um den Bau von Nah- und Fernwärmenetzen zu unterstützen, wird die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) gesetzlich geregelt und aufgestockt. Um sichere Investitionsbedingungen zu schaffen, werden wir die AVB-Fernwärme-Verordnung und die Wärmelieferverordnung zügig überarbeiten und modernisieren und dabei die Interessen des Verbraucherschutzes und der Versorgungsunternehmen ausgewogen berücksichtigen. Wir sichern faire und transparente Preise und stärken dafür die Preisaufsicht. Wir stärken die Transparenz unter anderem durch eine unbürokratische Schlichtungsstelle.“ ([Link zum Koalitionsvertrag](#))

Das sind aus unserer Sicht gute Rahmenbedingungen für die Fortführung unseres Projektes, so dass wir optimistisch in die Zukunft schauen.

Wir sind weiterhin mit der EWP im Austausch. Derzeit wird dort eine Info-Broschüre zum Anschluss der Brandenburger Vorstadt an die Fernwärme erstellt. Darin sollen Fragen zu technischen Bedingungen, zeitlichen Abläufen, Kosten sowie Fördermöglichkeiten beantwortet werden.

Wir werden voraussichtlich nach der Sommerpause wieder zu einer Bürgerversammlung einladen, um gemeinsam weitere Schritte zu diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

das Kernteam der Initiative BraVo Wärmewende

Sophie Haebel, Ingo Baumstark, Konrad Elmer-Herzig, Holger Perlewitz, Franziska Penske, Hermann Voegen, Eva Wieczorek